

16. Landtag von Baden-Württemberg, 82. Sitzung

Mittwoch, 30. Januar 2019, 09:00 Uhr

Rede

Vorsitzender des Arbeitskreises Verkehr

Thomas Dörflinger MdL

zur Aktuellen Debatte

Fahrverbote, Nahverkehrsabgabe, City-Maut – auf dem Weg zu einer unsozialen Mobilität der Verbote?

Es gilt das gesprochene Wort.

Thomas Dörflinger MdL:

Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen!

Die heutige Debatte ist aktueller denn je. Ganz Deutschland diskutiert gerade über die Sinnhaftigkeit der Grenzwerte für Luftschadstoffe.

Der Brief von über 100 Lungenfachärzten und weiteren Experten, die die wissenschaftliche Basis infrage stellen, ist schon auch ein Weckruf an die Politik. Ich habe keinerlei Verständnis dafür, wenn diese Initiative von manchen diskreditiert oder sogar in die „Reichsbürger“-Ecke gestellt wird.

Wir, die CDU-Landtagsfraktion, nehmen dieses Thema sehr ernst. Wir nehmen auch die Demonstrationen gegen die Fahrverbote sehr ernst, weil wir gerade nicht mit Schaum vor dem Mund handeln. Wir lassen uns davon leiten, was für die Menschen im Land das Beste ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir wollen Gesundheitsschutz für alle. Das haben wir zu jeder Zeit betont. Wir sind auf einem guten Weg. Die Luft – das wissen Sie alle – in den baden-württembergischen Städten ist heute so sauber wie seit Jahrzehnten nicht mehr, und auch das muss die Botschaft dieser heutigen Aktuellen Debatte sein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in diesem Zusammenhang hilft es auch nicht, pauschal immer auf die Automobilindustrie einzuschlagen.

Ja, dort wurden schwere Fehler gemacht, und die müssen auch in aller Konsequenz geahndet werden. Es muss aber doch jedem klar sein, dass der soziale Ausgleich, auf den wir in Deutschland zu Recht größten Wert legen, nur dann möglich bleibt, wenn wir die wirtschaftliche Grundlage dafür sichern.

Wenn wir in Deutschland unseren Wohlstand bewahren wollen, dann müssen wir mit der Automobilindustrie konstruktiv zusammenarbeiten und sollten sie nicht als Gegner betrachten.

Wir sehen hinter der Automobilindustrie nicht nur die betrügerischen Machenschaften, nein, wir sehen vor allem die vielen Hunderttausend Beschäftigten, die jeden Tag engagiert und verlässlich ihre Arbeit in der Automobilindustrie verrichten.

Wir sehen die Buchhalterin bei Daimler, den Logistiker bei Bosch und den Gießer bei der Firma Handtmann in Biberach. Diese Menschen sind unser Antrieb; deshalb machen wir uns für den Automobilstandort Baden-Württemberg stark.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was wir jetzt über die Festlegung der Grenzwerte für Stickoxide wissen, kann keine Grundlage für einschneidende Beschränkungen sein. Daher wollen wir bis zur Klärung der offenen Fragen ein Moratorium für Grenzwerte.

Der Bundesverkehrsminister möchte die Initiative der Ärzte zum Thema beim kommenden EU-Verkehrsmisterrat machen. Zudem wird der Bund das Thema auch wissenschaftlich aufarbeiten lassen. Das alles begrüßen wir ausdrücklich; dort gehört das Thema fachlich auch hin: in die EU, zum Bund, aber nicht in den Landtag von Baden-Württemberg.

Es ist endlich sicherzustellen, dass die Standorte der Messstationen sowie die Messverfahren europaweit vergleichbar sind.

Wem wollen wir noch erklären, dass manche auf einem Dach in 35 Meter Höhe messen, während wir unsere Messstationen an den Straßenrand stellen?

Das Thema Messstellen wollen wir in dreierlei Hinsicht angehen: Erstens muss die von dem CDU-Europaabgeordneten Norbert Lins angestoßene Überprüfung der Standorte auf EU-Ebene zügig durchgeführt werden.

Zweitens: Bei der Überprüfung durch den TÜV im Auftrag des Bundesumweltministeriums muss sichergestellt sein, dass die Messstelle für diesen Straßenabschnitt auch wirklich repräsentativ ist.

Drittens: Um dies zu überprüfen, wiederholen wir eine alte Forderung von uns, dass wir im Umfeld des Neckartors zusätzliche Messstellen brauchen. Dies sollte auch in wenigen Tagen umsetzbar sein.

Nun muss es darum gehen, dass es für Diesel nach Euro-5-Norm keine Fahrverbote in Stuttgart und auch sonst im Land geben muss.

Das ist die klare Haltung der CDU-Landtagsfraktion.

Nun hat die FDP/DVP-Fraktion heute einen Antrag gestellt, der, lieber Herr Rülke, etwas zu kurz greift.

Denn um am Ende erfolgreich zu sein, brauchen wir ein ganzes Bündel an Maßnahmen.

Dazu sagt Ihr Antrag leider überhaupt nichts.

Heute zeigt sich auch das ganze Dilemma der FDP, denn wären Sie im Bund in die Verantwortung gekommen, dann hätten Sie sich dort an der Lösung der Probleme beteiligen können. Doch Ihnen war der freidemokratische Gleichklang lieber: erst Christian Lindner, dann die Partei und ganz am Ende das Land.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Koalition hat mit einem umfangreichen Maßnahmenpaket die Bedingungen dafür geschaffen, dass die Werte für Stickoxide weiter zurückgehen.

Wenn wir bald über das weitere Vorgehen beraten und dabei auch die aktuellen Werte für Stickoxide im Blick haben, muss die CDU-Landtagsfraktion schon genau hinschauen, was davon umgesetzt worden ist, was nicht umgesetzt worden ist und warum es vielleicht nicht umgesetzt worden ist.

Wir hören oft, dass der Autoverkehr in den Städten reduziert werden soll. Das halten wir für einen sinnvollen Ansatz.

Dazu ist es in Stuttgart aber notwendig, den Talkessel vom zusätzlichen Verkehr zu entlasten.

Wir brauchen daher Umfahrungen wie den Nordoststring und die Filderauffahrt. Auch das ist ein Beitrag, um die Gesundheit der Menschen zu schützen.

Der Einwand, dass uns dies kurzfristig nicht hilft, springt auch hier viel zu kurz. Denn wenn wir jetzt nicht anfangen, wird es uns auch mittel- und langfristig nicht helfen. Ja, am Ende werden wir die verkehrliche Situation nie verbessern können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, jeder von uns weiß, dass Urteile eingehalten werden müssen. Doch wenn die Grundlagen, auf deren Basis die Urteile gesprochen wurden, zweifelhaft sind, dann müssen wir diese doch auch ernsthaft überprüfen. Das sind wir den Menschen im Land schuldig.

Meine Aufforderung, da aktiv zu werden, richtet sich auch an die SPD. Sie kritisieren Fahrverbote, weil sie unsozial sind.

Dann frage ich mich allerdings schon, warum die Messstellenüberprüfung durch die SPD-Bundesumweltministerin bisher nicht umgesetzt worden ist, warum die SPD-Umweltministerin keine Diskussion über Grenzwerte zulässt, warum die SPD-Bundesumweltministerin die Deutsche Umwelthilfe weiter fördern möchte und warum die SPD-Bundesumweltministerin gegen das Fahrverbot ist, das Sie nachher beantragen.

Das nimmt Ihnen hier keiner mehr ab.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir wollen Probleme anders lösen als durch Verbote, Gängelung und Bevormundung.

Wer wo lebt und arbeitet lässt sich nicht am Reißbrett planen und schon gar nicht politisch verordnen. Wir wollen die Menschen mit Angeboten überzeugen statt mit Verboten und Zwangsabgaben.

Ich komme zum Schluss, liebe Kolleginnen und Kollegen. Der weiter gehende Antrag von CDU und Grünen sieht vor, alle – ich wiederhole: alle – Maßnahmen umzusetzen, die geeignet sind, Fahrverbote im Land abzuwenden.

Für die CDU-Landtagsfraktion ist und bleibt ein Moratorium ein wichtiger Baustein, um Fahrverbote abzuwenden zu können. Wir brauchen mehr, wir brauchen zusätzliche Maßnahmen.

Das ist unser Ziel, und das ist mit dem Änderungsantrag der Regierungsfractionen möglich – Moratorium und weiter gehende Maßnahmen.

Wir stimmen dem Antrag zu und lehnen die Oppositionsanträge ab.